

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die Sächsische Schweiz

Amtsblatt für das Amtsgericht, das Hauptzollamt, sowie für den

Stadtrat zu Schandau und den Stadtgemeinderat zu Hohnstein

Die „Sächsische Elbzeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Die Ausgabe des Blattes erfolgt nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: vierteljährlich 3 Mk., monatlich 1 Mk., durch die Post vierteljährlich 3 Mk. (ohne Bestellgeld). Die einzelne Nummer kostet 12 Pfg. Alle Postanstalten im Reich und im Auslande, die Briefträger und die Geschäftsstelle, sowie die Zeitungsboten nehmen jederzeit Bestellungen auf die „Sächs. Elbzeitung“ an.



Anzeigen sind bei der weiten Verbreitung der „Sächsische Elbzeitung“ von gutem Erfolg. Annahme derselben nur bis spätestens vormittags 9 Uhr, größere Anzeigen am Tage vor dem Erscheinen erbeten. Ortspreis für die 6 gespaltene Kleinschriftzeile oder deren Raum 25 Pfg., für auswärtige Auftragsgeber 30 Pfg. (tabellarische und schwierige Anzeigen nach Uebereinkunft), Reklame und Eingekauft die Zeile 60 Pfg. Bei Wiederholungen Rabatt.

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiete.

Verantwortlich: Konrad Rohrlapper, Bad Schandau.

Fernruf Nr. 22. Telegramme: Elbzeitung. :: Postcheckkonto: Leipzig Nr. 34918. Gemeindeverbands-Girokonto Schandau 36.

Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mitteldorf, Ostrau, Porschtal, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtswald, Schmilka, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsisch-Böhmischen Schweiz.

Nr. 128

Bad Schandau, Donnerstag, den 17. Juli 1919

63. Jahrgang

1. Meningokokken- (Genickstarre-)Sera mit den Kontrollnummern: 4 und 5 „Bier und Flin“ aus dem Sächsischen Serumwerk in Dresden;
2. Diphtherie-Heilsera mit den Kontrollnummern: 1906 bis 1950 einschl. „Eintaufendneunhundertsechs bis Eintaufendneunhundertfünfundzig“ aus den Höchster Farbwerken, 357 und 358 „Dreihundertsebenundfünfundzig und Dreihundertachtundfünfundzig“ aus der Merck'schen Fabrik in Darmstadt, 512 bis 520 einschl. „Fünfhundertzwölf bis Fünfhundertzwanzig“ aus dem Serumlaboratorium Aucte-Enoch in Hamburg, 88 bis 96 einschl. „Achtundachtzig bis Sechshundneunzig“ aus den Behringwerken in Marburg, 199 bis 205 einschl. „Einhundertneunundneunzig bis Zweihundertfünfundzig“ aus dem Sächsl. Serumwerk in Dresden;
3. Tetanus-Sera mit den Kontrollnummern: 737 bis 776 einschl. „Siebenhundertsiebenunddreißig bis Siebenhundertsechshundsechszig“ aus den Höchster Farbwerken, 441 bis 460 einschl. „Vierhunderteinundvierzig bis Vierhundertsechzig“ aus den Behringwerken in Marburg, 64 bis 67 einschl. „Vierundsechzig bis Siebenundsechzig“ aus dem Sächsischen Serumwerk in Dresden sind, soweit sie nicht bereits früher wegen Abschwächung eingezogen sind, vom 1. Juli d. J. wegen Ablaufs der staatlichen Bewährdauer zur Einziehung bestimmt worden.

Dresden, am 15. Juli 1919.

Ministerin des Innern.

Die Ausgabe der neuen

Bezirkskartoffelkarten

erfolgt

Freitag, den 18. Juli d. J.,

a) vormittags von 9—12 Uhr

für die Häuser der Ortslisten-(Haus-)Nr. 1—150

b) nachmittags von 2—4 Uhr

für die Häuser der Ortslisten-(Haus-)Nr. 151—264

im Wernerschen Grundstück, Basteiplatz. Die Zeiten sind genau einzuhalten. Das Abholen der Karten hat nur durch Erwachsene zu erfolgen.

Schandau, am 17. Juli 1919.

Der Stadtrat.

Volksbücherei im neueren Schulgebäude, erste Etage. Ausgabe jeden Freitag zwischen 4 und 5 Uhr.

Nachreichung betr.

Laut Bekanntmachung des Obereichungsamtes Dresden v. 17. 12 1918 findet die Nachreichung der im öffentlichen Verkehr verwendeten Maße, Gewichte, Wagen und sonstigen Meßgeräte in der Stadt Schandau am

Freitag, den 1., Montag, den 4. und Dienstag, den 5. August d. Js.

statt.

Als Stelle zur Ausführung dieser Nachreichung wird der Verkaufsraum im Wernerschen Grundstück am Basteiplatz hier bestimmt.

Die hiesigen Gewerbetreibenden, welche Eichgegenstände im öffentlichen Verkehr benutzen, haben dieselben ohne weitere Aufforderung an einem der angegebenen Tage, und zwar am 1. und 4. August je vorm. 8—12 Uhr und nachm. 2—6 Uhr, und am 5. August vorm. 8—9 Uhr den Herren Eichbeamten in dem bezeichneten Räume in reinlichem Zustande vorzulegen.

Meßgeräte (sog. Petroleummaße) sind — wenn nicht angelötet — im Nachreichungsamt vorzulegen.

Die Vorlegung der Wagebalken hat mit den Wagschalen zu geschehen.

Wagen und Maße, welche an ihrem Gebrauchsorte besetzt sind, sind den Herren Eichungsbeamten anzumelden; die Nachreichung solcher Wagen und Maße geschieht dann Dienstag, den 5. August, vorm. 9—11 Uhr, an Ort und Stelle.

Die entstehenden Nachreichungsgebühren sind sofort bei der Nachreichung zu entrichten.

Werden Maße, Gewichte, Wagen und Meßgeräte, welche das diesjährige Nachreichungszeichen nicht tragen, nach Beendigung des Nachreichungsgeschäftes bei einem Gewerbetreibenden vorgefunden, ohne daß er den Nachweis der später ausgeführten Nachreichung zu erbringen vermag, so ist dessen Bestrafung nach § 22 der Maß- und Gewichtsordnung (Reichsgesetzbl. 1908 S. 349) und außerdem die Neueichung oder nach Befinden die Beschlagnahme und Einziehung der ungeeichten, nicht gestempelten oder unrichtigen Maße, Gewichte, Wagen oder Meßgeräte zu veranlassen.

Schandau, am 16. Juli 1919.

Der Stadtrat.

Bekanntmachung.

Das Einlagebuch Nr. 33394 der Sparkasse zu Schandau, auf den Namen Emma Dreßler in Papstsdorf lautend, wird hiermit für ungültig erklärt.

Schandau, den 16. Juli 1919.

Der Stadtrat.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Unabhängigen der Preussischen Landesversammlung sind aus dem Untersuchungsausschuß für die Februar-Unruhen ausgeschlossen.

* Aus England kommen in der nächsten Woche 52 000 deutsche Kriegsgefangene zurück.

* Die Unabhängige Sozialdemokratie fordert zu Demonstrationen am 21. Juli auf.

* Der preussische Landwirtschaftsminister will bis auf Brot und Fleisch den freien Handel wieder einführen.

* Die französische Regierung fordert für die Tötung des französischen Soldaten in Berlin Vergeltung von Deutschland.

* Am 20. Juli soll der Bahnverkehr zwischen Deutschland und Polen an fünf Stellen wieder aufgenommen werden.

* In Stettin ist infolge der militärischen Maßnahmen der Generalstreik erklärt worden. Nur das Wasserwerk arbeitet.

* Nach achtstägiger Dauer ist der Landarbeiterstreik in Ostpreußen erloschen.

* Die gesamte Bürgerschaft Straßunds ist in einen Abwehrstreik eingetreten.

Landarbeiterstreik.

Aber Mangel an Abwechslung haben wir uns wirklich nicht zu beklagen im neuen Deutschland. Kaum ist der Verkehrsstreik in der Reichshauptstadt beendet, dessen Notwendigkeit selbst beim besten Willen nicht einzusehen war, da beginnen sich die Nachrichten über Landarbeiterstreiks zu häufen, und wir geraten in eine Bewegung hinein, die für uns, trotz allem, was die letzten Wochen und Monate uns gebracht haben, immerhin noch den Reiz der Neuheit besitzt. Daß es so etwas überhaupt noch gibt, wußten wir früher nur aus Italien, dessen wirtschaftliche und soziale Rückständigkeit sich besonders an den Landarbeitern in hohem Maße veränderte, bis diese zur Selbsthilfe griffen und durch Organisationen auf eigene Faust die Verdrückung gewisser Mindestforderungen erzwangen, die ihnen überhaupt erst ein menschenwürdiges Dasein ermöglichten. Die deutsche Landwirtschaft war bis zum vorigen Jahre genötigt, im großen Umfange mit fremdländischen Arbeitskräften zu wirtschaften. Das hat jetzt aufgehört, und damit ist für sie eine neue Zeit angebrochen — auch auf diesem Gebiet.

Eine der ersten Taten der Revolution bestand darin, daß sie die Gesindeordnung auch für die ländlichen Arbeiter aufhob und diese mit dem Koalitionsrecht beglückte, um ihnen den großen, den unumwandellichen Sebel für die

Aufbesserung ihrer Lage in die Hand zu geben. Aber darüber hinaus suchte man den Übergang in die neuen Verhältnisse rechtzeitig zu ordnen und zu erleichtern. Schon Anfang des Winters wurde eine Arbeitsordnung für das Land erlassen, die zwischen den beiderseitigen Organisationen vereinbart war und den modernen Arbeiterforderungen soweit Rechnung trug, als es die Besonderheit der landwirtschaftlichen Verhältnisse nur irgendwie zuließ. Natürlich blieb für die Erweiterung der Zugeländnisse an die Arbeiter in diesem oder jenem Punkte im Wege der freien Vereinbarung der nötige Spielraum bestehen, aber die Arbeitssphäre wurde doch mit starkem Nachdruck betont und namentlich für die Erntezeit gebührend unterstrichen. Jetzt sind wir so weit, daß die Probe auf die Erntegenüßlichkeit der Revolution gemacht werden soll — und siehe da, auch hier scheint uns ein überaus bedauerliches Mißgeschick bevorzustehen.

In Westdeutschland fing es an. In der Bielefelder Gegend begann es sich im Frühsommer auf dem Lande zu regen; die Arbeit wurde eingestellt, wieder aufgenommen, abermals niedergelegt, und noch jetzt stehen dort 4000 Mann im Ausstand mit der Forderung nach Erhöhung der Löhne, ohne daß es gelingen will, eine Einigung herbeizuführen. Größeren Umfang hat die Bewegung dagegen bereits in Pommern angenommen. Auch hier handelt es sich um Lohnforderungen, die mitten in der Erntearbeit erhoben wurden; in Verbindung damit scheint stellenweise auch eine Verkürzung der Arbeitszeit verlangt zu werden, obwohl bindende Tarifverträge vorliegen, deren Revision naturgemäß erst für die nächstjährige Arbeitsperiode in Frage kommen kann. Aber wer hat heutzutage Geduld zu warten, bis er frei geworden ist von Verpflichtungen? Heute muß alles schnell gehen, namentlich wenn es sich um Erfüllung von Forderungen handelt — während man seine eigenen Leistungen feilschend verzögert oder verweigert, gleichviel wie groß der Schaden sein mag, der dadurch der Allgemeinheit verursacht wird. Auch aus Pommern wird über rückständigen Terrorisimus berichtet, durch den die ruhigeren Teile der Arbeiterschaft zum Anschluß an die Bewegung gezwungen wird; es sind eben jetzt genügend städtische Arbeiter auf das Land verpflanzt worden, um auch dort die neuen, die „revolutionären“ Methoden in Übung zu bringen. Was bleibt den Behörden übrig, als den Verlegenheitszustand über die bedrohten Gegenden zu verhängen, um diejenigen, die arbeiten wollen, in ihrer Freiheit zu schützen? Aber natürlich, auch darauf folgt die nachgerade zwangsläufig gewordene Antwort der Arbeiter: Generalstreik. In Stettin, in Straßund ruht jede Arbeit, auch die lebenswichtigen Betriebe, Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke sind zum Stillstand ge-

bracht worden, und wenn das Glück gut ist, wird das Bürgerturn mit Gegenstreik antworten, um der Bewegung vielleicht auf diese Weise rascher den Hals zu brechen. Es ist also wieder einmal alles in schönster Unordnung, wie man zu sagen pflegt, und die arme Regierung, die ohnedies vor Verlegenheiten kaum noch weiß, wo ihr der Kopf steht, muß zusehen, wie auch dieser Brandherd gelöscht werden kann, von dem aus sich unermessliches Unglück über das Land hin zu verbreiten droht.

Es kommt in Deutschland, wie es nach den Novemberereignissen kommen mußte. Wird es, wenn wir erst die ganze Revolution überstanden haben, noch einmal besser werden in der Heimat von Ruhe und Ordnung, deren wir uns früher zu erfreuen hatten?

Wieder eine Nachprobe.

Stettin, 16. Juli.

Das Gewerkschaftskartell, der Wahlverein der S. P. D. und die Parteivereine der U. S. P. D. rufen zum Generalstreik auf, bis folgende Forderungen erfüllt sind:

1. Aufhebung des Belagerungszustandes in Pommern.
2. Entlassung aller während des Belagerungszustandes inhaftierten Gefangenen und Niedererschlagung aller daraus resultierenden Strafverfolgungen.

3. Abberufung des Generals von Oden.
4. Anerkennung der Arbeiterräte. Ohne deren Zustimmung können militärische Maßnahmen gegen die Zivilbevölkerung nicht getroffen werden.

Infolge dieser Aufforderung sind heute früh die Arbeiter aller Betriebe in den Ausstand getreten. Die Straßenbahnen verkehren nicht. Das Gaswerk, Wasserwerk und das Elektrizitätswerk sind geschlossen. Es wird mit der Möglichkeit eines Bürgerstreiks zur Abwehr des Generalstreiks gerechnet.

Die Hoffnung, daß es den Truppen gelingen würde, durch Schutzmaßnahmen den Betrieb in den lebenswichtigen Betrieben aufrechtzuerhalten, hat sich nicht erfüllt. In einzelnen Straßen ist es zu Gewalttätigkeiten gekommen. Die Ladeninhaber wurden gezwungen, ihre Geschäfte zu schließen, Arbeitswillige werden aufgefordert und auch gezwungen, die Betriebe zu verlassen. Auch der Verkehr im Hafen ruht vollständig. Lebensmittel-schiffe können nicht entladen werden, auch können keine Schiffe ausfahren.

Amsterdam. Die Niederländische Telegraphenagentur meldet drahtlos aus Washington, daß die vollständige Wiederaufnahme des Handelsverkehrs zwischen Amerika und Deutschland nicht vor Mitte Winter zu erwarten sei.

Amsterdam. Aus Washington wird drahtlos gemeldet, daß neun Valantione zum Dienst in Europa abgegangen sind.

Wirtschaftliche Schiedsgerichte.

Die Arbeitnehmer aller Zeiten haben eigentlich auf dem Standpunkt gestanden, daß das Streiken die gegebene Waffe gegenüber dem Arbeitgeber sei. Ganz besonders aber in der kapitalistischen Wirtschaft hat es der Arbeiter stets als sein unveräußerliches Menschenrecht betrachtet, gemeinsam „die Broden hinzuzuschmeißen“, wenn er Grund zur Beschwerde zu haben glaubte und seinen Klagen nicht anders abhelfen konnte. Besonders seit der Revolution aber sind wir in Deutschland in einer Weise von Ausständen heimgesucht, die einen unbefangenen Beurteiler zu der Meinung bringen müßte, die Ausbeutung der Arbeiter durch die Unternehmer sei geradezu ins Ungeheuerliche gestiegen und jene hätten überhaupt keine andere Möglichkeit als den Ausstand, um sich ihren Teil am Einkommen unserer Volkswirtschaft zu erkämpfen. Daß dem nicht so ist, daß im Grunde genommen sogar der Unternehmer heute einen wesentlich schwächeren Stand hat als der Arbeiter, weiß jeder unbefangene Beurteiler, und das wird schließlich sogar jeder Arbeiter bei ruhiger Überlegung zugeben müssen.

Es verlohnt wohl aber einmal der Mühe, darüber nachzudenken, ob denn der Ausstand als solcher nicht jetzt überhaupt etwas anderes geworden ist als vor der Revolution, mit anderen Worten, ob es überhaupt noch eine innere Berechtigung zum Streik gibt. Daß im alten Deutschland eine solche vorhanden war, bedarf keines Nachweises: es gab ja u. a. weder ein geordnetes Schiedsverfahren, noch war die Bereitwilligkeit, sich einem Schiedsspruch zu unterwerfen, allgemein; vor allem fehlte es an ihr häufig bei den Arbeitgebern. Und letzten Endes — selbst wenn einmal ein Ausstand in sich nicht voll berechtigt sein mochte, die Schäden, die jeder von ihnen unserer Volkswirtschaft schlug, waren angesichts deren gemeinsamer Verfassung zu ertragen und rasch auszugleichen. Wie aber ist die Lage jetzt? Gibt es irgendeinen Arbeiter, der ernsthaft die Ansicht vertritt, daß eine Arbeitgebergruppe es heute wagen dürfte, sich dem Spruche eines unparteiisch zusammengesetzten Schiedsgerichtes zu widersetzen, wie solche ja heute vorgeschrieben sind? Und auf der anderen Seite kann irgend jemand, der nicht bewußt auf die völlige Vernichtung unserer Volkswirtschaft und damit unseres Volkes hinarbeiten will, leugnen, daß heute jeder Streiktag irgendwelcher Arbeitergruppe einen Schaden für uns bedeutet, der kaum zu ertragen und kaum gutzumachen ist?

Das Eigentümliche bei dieser Lage ist, daß die größten Ausstandsgegner, um nicht zu sagen die übelsten Streikhörer, in den Reihen derer zu finden sind, die sich als die schärfsten Gegner des Krieges geben und die den Gedanken des Zwangsschiedsverfahrens unter den Völkern predigen. Was ist aber der Ausstand im wirtschaftlichen Leben anderes, als der Krieg im politischen? Man kann also nicht gut auf der einen Seite für die völlige Auslösung des Krieges sein und auf der anderen für Streik, Streik und noch einmal Streik. Es wäre vielleicht ganz angebracht, den glücklichen Gedanken dieser Kriegsgegner vom Zwangsschiedsgericht einmal vom Völkerverleben auf die Wirtschaft zu übertragen. Bei ehrlich durchgeführtem Schiedsgerichtsverfahren gibt es keinen zureichenden Grund für Ausstände — heute weniger als je. Und daß ein Schiedspruch nicht immer allen Forderungen einer Seite recht geben wird und recht geben kann, ist eine einfache Selbstverständlichkeit, weil eben nicht alle Forderungen (beider Seiten wohlgeachtet!) berechtigt und durchführbar sind. Aber unser Wirtschaftsleben muß uns höher stehen als die Durchsetzung derartiger von Unparteiischen verworfener Sonderwünsche. Und deshalb wäre es mit aufrichtiger Freude zu begrüßen, wenn das Zwangsschiedsverfahren, dessen hohes Ziel man in der Politik so gern singt, so rasch als möglich auch auf das gewerbliche Leben des Tages übertragen würde. Die legendären Folgen würden sich rasch genug bemerkbar machen.

Leonhard Hagebucher.

Lansing droht mit Rücktritt.

Protest gegen die Arbeit der Friedenskonferenz. Paris, 16. Juli.

Aus den dem Staatssekretär Lansing nahestehenden Kreisen wird ohne Umschweife erklärt, daß Lansings Wunsch, als Staatssekretär zurückzutreten, dadurch veranlaßt wird, daß er sich über die Arbeit der Friedenskonferenz enttäuscht fühlt. Er stellt sich in dieser Hinsicht auf den gleichen Standpunkt wie General Smuts. Er ist weiterhin unzufrieden, daß Oberst House und Wilson wiederholt Entscheidungen getroffen haben, die der Entscheidung Lansings zugestanden hätten.

Wilson über den Raub unserer Kolonien.

Der scheinheilige Friedensapostel.

Washington, 16. Juli.

In seiner Rede über den Friedensvertrag stellte Wilson die ungeheuerliche Behauptung auf, Deutschland habe seine Kolonien abtreten müssen, da es sie nicht verwalten, sondern ausgebeutet habe, ohne den Rechten der Eingeborenen Rechnung zu tragen. Diese hätten bisher in der Finsternis gelebt und ihnen müsse geholfen werden.

Von der gleichen Heuchelei getragen sind Wilsons weitere Behauptungen, in Mitteleuropa habe man eine neue Ordnung geschaffen, die sich auf die „freie Wahl der Völker, statt auf die Willkür der Hohenzollern und Habsburger gründe“. Daß man bei der Bildung dieser neuen Staaten, wie der Bierzechnpunktgemann ferner sagt, „keine natürlichen Grenzen“ gefunden habe, verschlägt ihm gar nichts. Deshalb hat man einfach unnatürliche gemacht.

Deutsche Nationalversammlung.

(58. Sitzung.) OB. Weimar, 16. Juli.

In der heutigen Sitzung wird die Beratung des Verfassungsentwurfes fortgesetzt. Es liegt ein Antrag Auer (Soz.) und Genossen vor auf Einfügung eines Artikels 113 a, der bestimmt: „Die Todesstrafe ist abgeschafft.“

Für und wider die Todesstrafe.

Mit der Beratung dieses Artikels verbindet der Präsident die Beratung über einen Antrag Agnes (U. Soz.) und Genossen zum Artikel 115 mit demselben Inhalt.

Abg. Sinzheimer (Soz.) führt aus, daß die Abschaffung der Todesstrafe eine alte Forderung freiheitlicher und religiöser Parteien ist. Der Einwand, sie nicht in der Verfassung niederzulassen, ist hinfällig, weil sie auch schon in der 1848er Verfassung aufgestellt war; der beste Einwand, die „Herren Völkerei“ sollten mit der Abschaffung der Todesstrafe vorangehen, ist nicht stichhaltig, da es Aufgabe des Staates ist, die Mordthatung des Menschenlebens zu beseitigen: er muß den

Grundsatz praktisch vertreten, daß das Menschenleben an sich unverletzlich ist. Man hat gesagt, die Abschaffung der Todesstrafe widerspreche der Volksabstimmung. Das ist falsch; sie entspricht höchstens nicht der Stimmung kleiner Kreise des Volkes; heute ist der richtige Augenblick für die Verwirklichung der alten Forderung gekommen, nehmen Sie deshalb unseren Antrag an. (Beifall.)

Regierungskommissar Dr. Preuß: Ohne auf den materiellen Wert des Antrages einzugehen, bitte ich, den Artikel auf Abschaffung der Todesstrafe nicht in die Verfassung aufzunehmen. Aber die Todesstrafe wird entschieden werden müssen bei der unbedingt notwendigen Reform des Strafrechts. Ich glaube, daß die Entscheidung über die Todesstrafe zweifellos im Sinne der Antragsteller erfolgen wird. Wir dürfen aber der Spezialgesetzgebung nicht vorgreifen; nur in diesem Sinne trete ich für die Ablehnung des Antrages ein.

Abg. Dr. Dueringer (Deutschnat. Vp.): Die Behauptung, daß die Gelehrten und die Wissenschaft sich über die Frage einig seien, ist vollkommen unrichtig. Die Frage gehört nicht in die Verfassung, anscheinend sind die Anträge doch nur aus parteipolitischen Gründen gestellt worden. Die Verfassung ist aber nicht da für eine einzelne Partei, nicht für die Sozialdemokraten oder Demokraten, sondern für das deutsche Volk, und dessen überwiegende Mehrheit ist gegen den Antrag. (Beifall rechts, Unruhe und Lärm links, Zuruf: Scharf-richter!)

Abg. D. Dr. Kahl (Deutschnat. Vp.): Der Antrag ist zweifellos von Idealismus eingegeben, aber Ort und Zeit für ihn sind nicht richtig gewählt. (Unruhe links.) Auch der Reichskommissar erkannte an, daß die Verfassung nicht der richtige Ort sei; der Anspruch eines schweren Verbrechen, nicht mit dem Tode bestraft zu werden, gehört doch wohl nicht zu den Grundrechten eines Volkes. (Sehr richtig! rechts, Lärm links, Zuruf: Eines humanen Volkes!) Auch der Zeitpunkt ist verfehlt. Die Frage muß im Zusammenhang mit der Reform des Strafrechts gelöst werden.

Abg. Dr. Cohn (U. Soz.): Die Abschaffung der Todesstrafe ist nicht eine Frage der Rechtspolitik, sondern eine Kulturfrage allerersten Ranges. Wir wollen Abwehr der Gewalt, Abwehr des Mordes, Schutz von Menschenleben gegen die Todesstrafe.

Abg. Hausmann (Dem.): Wir werden, um die Verfassung nicht noch weiter zu belasten, diesen wie alle neuen Anträge ablehnen; ich bin von jeher ein überzeugter Anhänger der Abschaffung der Todesstrafe und werde es bleiben. Sie ist eine Kulturfrage, gehört aber nicht in die Verfassung. Diejenigen haben nicht das Recht, die Abschaffung der Todesstrafe zu verlangen, die fortgesetzt an die Gewalt appellieren und die Handgranate für das beste Mittel erklären (Lärm links), auch diejenigen nicht, die Geißeln erziehen lassen oder Offiziere, die ihre Pflicht tun, beim Schwimmen todschießen und ertränken.

Abg. Frau Toni Ruess (Soz.): Diese Frage darf nicht vom juristischen, sondern sie muß vom reinen Menschlichkeitsstandpunkt aus beurteilt werden.

Abg. Dr. Koeltzsch (Deutschnat. Vp.): Gefühlsmomente sprechen für die Abschaffung der Todesstrafe, denn sie ist grausig und schauerlich, aber es gibt nun einmal Verbrechen, die nur dadurch gelüht werden können, daß der Verbrecher das letzte, was er hat, hergibt, sein Leben. Gerade die jetzige Zeit der Revolution ist der ungeeignetste Zeitpunkt, die Todesstrafe abzuschaffen, die Revolution ist grausam umgegangen mit Menschenleben. (Große Unruhe und Zurufe bei den U. Soz.: Der Krieg! Kriegsheer!) Die Bevölkerung lebt in schwerer Angst um das, was noch kommen kann, und sie rechnet darauf, daß wir nicht aus Gesetz und Verfassung herausstreichen, was als Letztes geeignet ist, die Brutalität und Bestialität des Menschen in Schranken zu halten. (Beifall rechts, Unruhe, Lärm und Zurufe bei den U. Soz.) Damit schließt die Vespredung.

Der sozialdemokratische Antrag auf Aufhebung der Todesstrafe wird hierauf in namentlicher Abstimmung bei zwei Stimmenthaltungen mit 154 gegen 129 Stimmen abgelehnt.

Die Kino-Zensur.

Artikel 117 spricht das Recht der freien Meinungsäußerung aus und bestimmt dann weiter: „Eine Zensur findet nicht statt, doch können für Lichtspiele durch Gesetz abweichende Bestimmungen getroffen werden. Auch sind zur Bekämpfung der Schund- und Schmutzliteratur sowie zum Schutze der Jugend und bei öffentlichen Schaustellungen und Darbietungen gesetzliche Maßnahmen zulässig.“

Ein Antrag Ruchle und Genossen (Dem.) will die Möglichkeit einer Filmzensur dadurch beseitigen, daß er nur gesetzliche Maßnahmen zum Schutze der Jugend gegen Schund und Schmutz in Wort, Schrift und Bild, sowie bei öffentlichen Schaustellungen, Darbietungen und Lichtspielen“ zulassen will.

Ein Antrag Agnes u. Gen. (U. Soz.) will gleichfalls die Möglichkeit einer Filmzensur aufgehoben wissen und im übrigen positiv bestimmen, daß „öffentliche Schaustellungen und Darbietungen, insbesondere Lichtspiele für die Jugend durch Gesetz ausschließlich gemeinnützigen Veranstaltungen von Vereinen, Körperschaften und Behörden vorbehalten werden können“.

Im Verlaufe der Aussprache, bei der die Parteien der Jugend und im Interesse des ganzen Volkes eintreten, kommt es zu einem Zusammenstoß des Abg. Cohn (U. Soz.), der dem Präsidenten mangelnde Unparteilichkeit vorwirft. Es entsteht Lärm im ganzen Saale. Im Laufe seiner weiteren Ausführungen erklärt der Abg. Cohn, daß die Filmzensur politisch ausgenutzt werden könne. Bei der Reichskanzlei bestiehe sogar ein Filmbezernat, das aus dem Fonds des Reichspräsidenten, einer Art Korruptionsfonds, bestritten wird.

Ministerpräsident Bauer: In der ihm eigentümlichen Art hat der Abg. Cohn mir Informationen vorgetragen, ohne sie nachzuprüfen. Seine Ausführungen über den Korruptionsfonds des Reichspräsidenten entbehren jeder Grundlage. Der Reichspräsident verfügt über einen Repräsentationsfonds von 500.000 Mark. Selbst der Abg. Cohn muß zugeben, daß er davon nicht die Filmindustrie unterstützen kann. Aus dem Hilfsleistungsfonds der Reichskanzlei wird lediglich eine Informationsstelle über den Film unterhalten, 400 Mark kostet.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

➔ **Zollzahlung in Gold.** Ein neuer Gesetzentwurf bestimmt: Die in die Reichskassen stehenden Bölle sind in Gold zu zahlen. Durch die Reichsregierung wird bestimmt, nach welchem Umrechnungsverhältnis die zur Zollzahlung zugelassenen fremdländischen Goldmünzen in Zahlung zu nehmen sind und unter welchen Bedingungen die Zahlung in anderen Zahlungsmitteln als Goldmünzen geleistet werden kann.

➔ **Polnische Wirtschaft!** In der Stadt Posen scheint bereits das eingeiffen zu sein, was man gemeinhin „Polnische Wirtschaft“ nennt. Die Minderleistung der jetzigen Stadtverordneten-Versammlung geht sogar der polnischen Presse über die Hut. Jetzt erlassen die sieben polnischen Zeitungen Polens eine Erklärung, daß sie den Stadtverordnetenentscheidungen gegenüber fortals streifen würden; die Tonart, in der verhandelt werde, sei so persönlich und unparlamentarisch, der Mangel an Sachlichkeit so erschreckend, das Tempo so schleppend, die Beleidigungen gegen die Presse so kränkend, das gesamte Niveau so niedrig, daß jede Berichterstattung weiterhin abzulehnen

sei. Die beiden deutschen Blätter haben sich dem Streik angeschlossen.

➔ **Noch ein Weltfeiertag?** Die englischen, französischen und italienischen Arbeiter haben bekanntlich beschlossen, am 21. Juli einen 24stündigen Proteststreik gegen den Imperialismus zu veranstalten. Die Parteileitung der Unabhängigen versucht nun in einem Aufruf, für den Gedanken, auch in Deutschland den Tag zu dem gleichen Zweck zu benutzen, Stimmung zu machen und fordert zu Demonstrationen auf. In dem Aufruf heißt es: „Dieses revolutionäre Kampfergebnis soll unsere Friedensfeier sein.“

➔ **Pensionsberechnung der Offiziere.** Nach einer amtlichen Bekanntmachung werden die Pensionsbeträge der Offiziere aus dem pensionsfähigen Dienstverdienst berechnet, das nach dem Offizierspensionsgesetz für die den Dienstgraden der Reichswehr entsprechenden Heeresdienststellen zurande gelegt wird. Während der Zugehörigkeit zur Reichswehr ist das Innehaben des Dienstgrades der Beilegung der entsprechenden Dienststelle gleichzusetzen. Den Reichswehrdienstgraden entsprechen: Generalleutnant = Divisionskommandeur als Generalleutnant, Generalbrigadeführer als Generalmajor, Oberst = Regimentskommandeur, Oberstleutnant = patentierter Oberstleutnant mit pensionsfähiger Zulage, Major = Bataillonskommandeur, Hauptmann = Oberleutnant, Leutnant denselben Chargen der entsprechenden Gehaltsklasse.

➔ **Verlegung von Gerichtssitzen.** Ein Gesetzentwurf wird den preussischen Justizminister ermächtigen, die mit Rücksicht auf die Ausführung des Friedensvertrages erforderlichen Änderungen des Sitzes und des Bezirkes preussischer Gerichte und die hierdurch notwendig werdende Aufhebung von Gerichten vorläufig vorzunehmen. Auch im besetzten Gebiet können Bezirke und Sitze der Gerichte abgeändert werden. Ferner werden Bestimmungen getroffen, um den Übertritt ersatzlosbringlicher Gerichtsschreiberbeamten in preussische Dienste zu ermöglichen.

➔ **Die Rückkehr der Kriegsgefangenen aus Frankreich** wird nächste Woche in großem Umfang einsetzen. Die für Nordwestdeutschland bestimmtenzüge werden über Düsseldorf geleitet. Vom Sammellager aus gehen sie über Saipie. Von dort soll die Entlassung der Kriegsgefangenen in die Heimat erfolgen. Der Abtransport der deutschen Kriegsgefangenen aus England wird auch sofort beginnen. In den nächsten 14 Tagen werden 52.000 deutsche Gefangene über Holland heimgeschickt.

➔ **Unstimmigkeiten im Leipziger Arbeiterrat.** Im Leipziger Arbeiterrat haben die Unabhängigen auf Grund ihrer zahlenmäßigen Überlegenheit sowohl das Präsidium, als auch den Hauptauschub befehlt, was zu einem Zusammenstoß mit den anderen Parteien führte. Jetzt haben die Mehrheitssozialisten erklärt, daß sie ihre Mitarbeit einstellen, bis die Fraktion der Unabhängigen durch eine Neuorganisation die Beteiligung aller Parteien im Verhältnis ihrer Stimme anerkennt.

➔ **Freistaat Birkenfeld.** Im Fürstentum Birkenfeld ist die Trennung von Oldenburg durch Ausrufung einer selbständigen Republik mit eigener Verwaltung im Verband des Deutschen Reiches vollzogen worden. Der neu gewählte Landesausschub, bestehend aus 9 Sozialdemokraten, 10 Demokraten und Bauernbündlern und fünf Zentrumsvorteilern, wird die Regierungsform bestimmen.

➔ **Die Unabhängigen und die Februarrunruhen.** Die Fraktion der Unabhängigen in der Preussischen Landesversammlung hat beschlossen, ihre Vertreter aus dem Untersuchungsausschub wegen der Unruhen im Februar zurückzurufen und sich an den Arbeiten des Ausschusses nicht weiter zu beteiligen. Als Vorwand für diesen Entschluß wird angegeben, daß einige Zeugen zu den Januarereignissen vernommen werden sollen, die nach den Angaben des Berichterstatters von der Darstellung Eichhorns sehr abweichende Angaben machen werden, ohne daß Eichhorn bei diesen Vernehmungen zugegen sein könne.

Schweiz.

➔ **Die Eidgenossenschaft als Meinerstaat.** Die niederländische Geandacht überreichte eine Note, in der die Schweiz als Uferstaat des Rheins mit allen damit verbundenen Rechten und Vorrechten anerkannt wird, nachdem der Friedensvertrag entsprechende Bedingungen enthält.

Großbritannien.

➔ **Die Gefahren der Kohlennot.** Im Unterhaus gab ein Vertreter der Regierung eine sehr eingehende Erklärung über die höchst bedenkliche Lage der Kohlenherzeugung ab und betonte, daß der englische Kohlenexport rasch abnehme, während die hohen Kohlenpreise, die die englische Industrie zahlen müsse, die Ausfuhr von Fabrikaten ernstlich zu schädigen drohen. Jedenfalls sind die Amerikaner in der Lage, ganz bedeutend billiger zu fabrizieren.

➔ **Das Volk in Waffen!** In Aberdeen hielt der frühere englische Oberkommandierende Sir Douglas Haig eine vielbeachtete Rede, in der er erklärte, jeder heranwachsende junge Engländer müsse im Gebrauch des Gewehres unterwiesen werden, damit, wenn die nächste große Probe komme, wie sie eines Tages sicher kommen werde, England eine Nation in Waffen sei, bereit und vorbereitet, um sich dieser Probe gewachsen zu zeigen.

Aus In- und Ausland.

Hamburg. Reichspräsident Ebert und Reichswehrminister Noske trafen zu amtlichen Besprechungen in Hamburg ein und verweilten hier mehrere Stunden.

Veitken D.-S. Die Gräflich-Schaffgotsche Verwaltung sieht sich gezwungen, am 1. August ihre im Veitkenen Bezirk gelegene Lybhadra-Grube wegen mangelnder Förderung und infolge Unbotmäßigkeit der Arbeiterschaft still zu legen.

Darmstadt. In der heftigen Volkskammer gab Ministerpräsident Ulrich bekannt, daß General Mangin mitgeteilt habe, daß er die anlässlich des Streiks zu 2 bis 5 Jahren Gefängnis verurteilten Eisenbahner begnadigt hat.

Stuttgart. Reichsarbeitsminister Schlichte ist jetzt vor seinem Amte als württembergischer Arbeitsminister entbunden worden.

Braun. Der Ministerpräsident der ungarischen gegenrevolutionären Regierung in Szegedin, Karolvi, ist zurückgetreten. An seine Stelle wird Desider Abraham treten.

Amsterdam. Einer Neutermeldung aus Selsingfors vom 14. d. Mts. zufolge berichtet ein russisches Blatt, daß die Volkswirtschaften Perm und Kungur (Kreisstadt an der Bahnlinie Perm-Selaterinburg) genozieren haben.

Amsterdam. Wie aus Amerongen gemeldet wird, ist der ehemalige deutsche Kaiser Franz. Auch die Kaiserin ist unipäthlich. Dr. Forster wurde abends auf Schloß gerufen und blieb die Nacht über dort.

Wett- und Volkswirtschaft.

* **Ernteerfolge auf urbar gemachtem Sdland.** Die Notwendigkeit, unsere landwirtschaftliche Produktion zu steigern, um von der Einfuhr aus dem Ausland weniger abhängig zu werden, dürfte uns zwingen, die begonnene Urbarmachung von wüstem Land fortzusetzen. Wie groß die Aussichten sind, die sich hier eröffnen, zeigt ein von der Deutschen landwirtschaftlichen Presse wiedergegebener Bericht aus Holland, wo es, besonders in der Nähe der belgischen und deutschen Grenze, noch viel Sdland gibt. Ein Landwirt hat Heidefeld urbar gemacht und Roggen und Kartoffeln angebaut. Das Land wurde mit 1500 Kilogramm Düngestoff, 1000 Kilogramm Kainit und ebenso viel Thomasphosphat pro Hektar gedüngt, dann mit Lupinen besät und, nachdem diese untergepflügt waren, von neuem mit künstlichen Düngemitteln gedüngt. Darauf wurde Roggen eingesät. Der Ertrag war 35 % Korn in der Gesamternte, während der Landwirt daneben auf altem Roggenland unter genau den gleichen Umständen nur 30 % erntete. Die geernteten Kartoffeln zeichneten sich durch Wohlgeschmack und Gesundheit aus, was sich aus der Abwesenheit von allerlei Schädlingen in dem unerschlossenen Boden erklärt.

* **Sprunghafte Steigerung von Domänenpachtpreisen.** Die durch den Krieg bedingte allgemeine Preissteigerung hat auch die Pachten von Domänen ergriffen. Aus allen Teilen des Reiches kommen derartige Meldungen. So wurden u. a. auf die anhaltinischen Staatsdomänen Bede- und Borgisfelde, deren jährlicher Pachtpreis gegenwärtig 39 000 bzw. 70 000 Mark beträgt, Höchstgebote von 81 000 bzw. 153 000 Mark abgegeben.

* **Wiederaufbau der Landwirtschaft.** In einer Denkschrift über den Wiederaufbau der Landwirtschaft erklärt Landwirtschaftsminister Braun, daß er, abgesehen von Brot und Fleisch, den freien Handel wieder herstellen will. Die übrigen Kriegsgesellschaften sollen so schnell wie möglich aufgelöst werden. Somit, erklärt der Minister, könne er die Verantwortung nicht länger übernehmen. Nach den Berechnungen des Ministers ist die gesamte landwirtschaftliche Erzeugung derartig gesunken, daß nach dem gegenwärtigen Stande der Valuta zur Deckung dieses Ausfalles sowie der schon früher notwendigen Nahrungs- und Düngemitteln ein Verlust von 47 Milliarden Mark jährlich ausgegeben werden müßten, um den Zustand der Ernährung zu erreichen, der vor dem Kriege bestanden hat. Das sei natürlich vollkommen unerträglich und unmöglich.

Rab und Fern.

o **Die Reiseerleichterungen aufgehoben.** Aber die Stellung von Salonwagen und die Vorbehaltung von Abteilen auf den deutschen Staatsbahnen sind zwischen den Bundesregierungen mit Staatsbahnbesitz neue Grundzüge vereinbart worden, nach denen künftig zu verfahren ist. Die früher in besonderen Fällen zugestandenen Reiseerleichterungen und Vergünstigungen bei der Benutzung von Salonwagen und ganzen Abteilen sind aufgehoben. Für Reisen des Reichspräsidenten als Reichsoberhaupt wird jetzt ein Salonwagen gestellt. Den Reichs- und Staatsministern wird, soweit angängig, bei ihren Dienstreisen ein Wagenabteil freigehalten. In einzelnen besonderen Ausnahmefällen kann ihnen aus dienstlichen Gründen ein Salonwagen zur Verfügung gestellt werden, wenn die Reisen mit größerer Begleitung stattfinden. Die Beförderung der Salonwagen oder die Freihaltung von Abteilen erfolgt in allen Fällen gegen die tarifmäßigen Gebühren. Es gilt dies für den Reichspräsidenten wie für die Minister.

o **Verbilligung der Flugpost.** Von jetzt an können nach einer Befehlsanweisung des Reichspostministers zur Beförderung auf den im Betrieb befindlichen oder noch einzurichtenden Flugstrecken versuchsweise Flugpostsendungen bei allen Reichs-Postanstalten angenommen werden. Zur Flugbeförderung sind zugelassen: gewöhnliche und eingeschriebene Postkarten und Briefe sowie Pakete und Zeitungen. Außer der gewöhnlichen Postgebühr kosten Postkarten eine Fluggebühr von 10 Pfennig, Briefe bis 20 Gramm 10 Pfennig, über 20—50 Gramm 40 Pfennig, über 50—100 Gramm 80 Pfennig, über 100—250 Gramm 1,20 Mark. Für Flugpostpakete. Gebühren wie für ein dringendes Paket, außerdem ist eine Fluggebühr von 5 Mark für jedes angefangene Kilogramm zu entrichten. Höchstgewicht 20 Kilogramm. Freimachungszwang. Auch Zeitungen können durch Flugpost bestellt werden. Zur Entrichtung sämtlicher Gebühren sind bis zur Herausgabe besonderer Flugpostmarken die gewöhnlichen Freimarken zu verwenden.

o **Im Flugzeug von Rom nach London.** In Rom ist ein neues Flugzeug mit dem Fliegerleutnant Brack-Bapa und dem Piloten Venacini aufgestiegen, um über den Montblanc nach London zu fliegen. Der Fliegerleutnant ist Träger eines Briefes des italienischen Ministerpräsidenten an den englischen Premierminister Lloyd George. Das Flugzeug warf, wie berichtet wird, über Paris eine Postkarte d'Annuncios ab, in der er der Trauer des kaiserlichen aber unbefriedigten Staates Ausdruck gibt.

o **Eine Polizeihochschule in Detmold.** Der Gastdozent an der Fürst-Georg-Universität für Verwaltungswissenschaften in Detmold, Landespolizeidirektor Heie von der kypischen Regierung, wird zur Förderung der Bestrebungen nach einer fachwissenschaftlichen Ausbildung in diesem und in den folgenden Semestern einleitende Vorlesungen über das Polizeiwesen mit besonderer Berücksichtigung der Stellung, Aufgaben und Tätigkeit der leitenden Exekutivbeamten halten. — Bei genügendem Interesse der Behörden und Berufsangehörigen soll in den nächsten Semestern ein polizeiwissenschaftliches Seminar eröffnet und mit dem Aufbau einer Polizeihochschule begonnen werden, die den Polizeibeamten aller Grade die Möglichkeit einer umfassenden und vertieften Berufsbildung geben soll.

o **Neue Postwertzeichen für Deutsch-Österreich.** Die deutsch-österreichische Postverwaltung wird nach Verbrauch der zurzeit geltenden Briefmarken neue Postwertzeichen ausgeben. Alle Marken tragen in einem halbkreisförmigen Bogen die Aufschrift „Deutsch-Österreich“ in heller Farbe auf dunklem Grunde, einzelne Briefmarkenarten als Markenbild die Abbildung eines Posthorns, andere das deutsch-österreichische Staatswappen und eine dritte Gruppe eine allegorische Darstellung. Die Postkarten erhalten die Aufschrift „Postkarte“ in roter Farbe. Die Doppelposten werden für den Auslandsverkehr mit deutsch-französischem Vordruck versehen.

o **Drei Torpedoboote gestrandet.** Drei Torpedoboote sollten von drei Schleppdampfern von Danzig nach Pillau geschleppt werden. Im Sturm wurden die schwereren Torpedoboote von den kleineren Schleppern weggerissen und trieben in der Höhe von Rahlberg an der Fischer Nehrung an den Strand. Dem kleinen Schleppdampfer „Martha“ riß die hohe See die Masten weg. Der Dampfer lief voll Wasser und ging unter. Seine Besatzung wurde von anderen Schleppern aufgenommen, die schließlich in Pillau anliefen.

o **Abwanderung aus dem sächsischen Bergbau.** Seit Kurzem herrscht eine starke Abwanderung der sächsischen Kohlenbergleute nach dem Ruhrbezirk. Allein aus der Deilsniger Bergbauorten sind jüngst 500 Grubenarbeiter abgewandert, unter ihnen 200 gelernte Bergleute, alles kräftige Männer. Diese Abwanderung ist für den sächsischen Bergbau bedenklich, da der Nachwuchs nun spärlich ist. Der Grund der Abwanderung ist in der höheren Bezahlung und besseren Verpflegung im Ruhrbezirk zu suchen.

o **Ein elfjähriger Weltwanderer.** Laut „Telegraaf“ befindet sich an Bord des englischen Dampfers „Cafe Man“, der in Hull eingetroffen ist, als blinder Passagier der elfjährige Erich Leizner aus Hamburg. Er erklärte dem englischen Kapitän, daß er wegen der Armut seiner Eltern aus Deutschland auswandern wollte. Der Knabe hatte kein Geld und nur geringe Lebensmittelvorräte bei sich.

o **Der serbische Silberfisch.** Der vielbesprochene serbische Silberfisch, das vom Inf.-Reg. Nr. 45 erbeutete Feldtafelgeschütz des serbischen Königs, ist damals dem Offizierskassino des Regiments zugesprochen worden als Ertrag für das dem Kasino beim Russeneinfalle geraubte Silberzeug. Nach dem Ausbruch der Revolution ist ein Teil des Silbers gestohlen. Der Rest ist bei der Auflösung des Regiments an die einzelnen Offiziere verteilt worden. Sobald sich Zweifel an der Berechtigung des Besitzes ergaben, hat die Regierung bereits am 17. Juni die Einziehung der bei Auflösung des Regiments noch vorhanden gewesenen Teile angeordnet.

o **Vergung der Thurner Kaiserdenkmäler.** Die Ortsgruppe Thurn des Deutschen Offizierbundes hat an den dortigen Magistrat die Bitte gerichtet, das Denkmäl Kaiser Wilhelms I., um es vor schmälichem Untergang zu schützen, in feierlichem Zuge aus der Stadt zu führen und nach dem Kfshäuser zu bringen. Auch die Standbilder Friedrichs des Großen, Wilhelms I. und der deutschen Ordensritter an den Weilern der Eisenbahnbrücke sollen in ähnlicher Weise vor Vernichtung bewahrt werden.

o **Munitionsexplosion bei Berlin.** In der deutschen Werktüffelgesellschaft in Söhrenschönhausen, wo Minenzünder, Sprengstoffe und Pulver lagerten, hat sich infolge eines Brandes eine schwere Explosion ereignet. Die Wirkung der Explosion war so stark, daß im Umkreise von mehreren Kilometern tausende Fenster Scheiben zertrümmert wurden. Die Explosion ist anscheinend auf verbrecherische Brandstiftung zurückzuführen. Verschiedene Personen wurden verletzt, die Gebäudewache von 8 Mann wird vermisst.

o **Schwere Sturmschäden an der chilenischen Küste.** An der Küste von Chile wütete während zweier Tage ein heftiger Sturm. Die deutschen Dampfer „Tanis Sarah“ und „Gotha“, die Dampfer „Loro“ und „Don Carlos“, ein Schleppdampfer, drei deutsche Segler, mehrere Pontons und Hunderte von Leichterbooten und kleinen Booten sind gesunken. Der Schaden wird auf 200 Millionen Pesetas geschätzt. Man zählt 87 Ertrunkene; doch glaubt man, daß mehr als doppelt so viel umgekommen sind.

o **Das englische Luftschiff „M. D. 11“ zerstört.** Das englische Luftschiff „M. D. 11“ ist vom Blitz zerstört worden. Die Besatzung von zwölf Mann wurde getötet. Das Luftschiff verließ kurz nach Mitternacht Norfolk auf einem Fluge über die Nordsee, wobei es von einem Gewittersturm überfallen wurde.

Kurtheater Bad Schandau.

Leitung: Hofschauspieler Albert Bauer.

Das Lustspiel „Die Kinder der Exzellenz“ von Ernst von Wolzogen und William Schumann wurde gestern gegeben. Spielleitung: Willi Wanner. Es ist nach dem Theatergettel ein Lustspiel — allerdings ein solches mit tragischem Einschlag, denn das einzig Lustige ist eigentlich nur das heitere Spiel der Exzellenztochter Trudi, die von Maria Holm scheinlich und fröhlich-frisch dargestellt wurde. Sie ging aus sich heraus und war durch ihr Temperament so recht der Sonnenkinder der Familie. Ihre Schwester Ana wurde durch das seelenvolle Spiel von Friede Hartung die hochherzige, edelbedeutende Person, die durch schriftstellerische Tätigkeit die Fingerringe der großen Ansprüche gewöhnten, aber verarmten Familie zu verbessern suchte. Ihr Spiel atmete nicht nur Geburts-, sondern vor allem auch Seelenadel. Lydia Lorm gab die stolze, fast unabhängbare Mama, die für ihren vergessenen, mit mütterlicher Schwäche geliebten Sohn Wodo alles tat, was er wünschte, mit inniger Hingabe und ebenbürtigem Verständnis. Letzterer, ein seltsamer, lächelnder Gardeleutnant, dem das Geld in leichtsinnigster, unbedachteter Weise durch die Finger glitt, wurde von Alex Herbert Spalke gemint. Der Trost eines falken erregenen und vergessenen Sohnes, der infolgedessen die Mutter und die Schwester terrorisiert, kam durch das Spiel dieses Künstlers gut zur Geltung. Eine Charakterrolle war der alte Major von Angell in Händen Albert Bauers. Der derbe, aber grundehrliche Soldat, eine Figur aus der nunmehr gewesenen Monarchie bez. des preussischen Militärs, wurde mit jedem Worte durch diesen fertigen Künstler verkörpert. Ganz vorzüglich gefiel Willi Wanners Selmademan Ralph Normann. Der große Unterschied zwischen der europäischen Lünche und dem demokratisch-praktischen Geiste des Amerikaners wurde durch ihn sehr herausgearbeitet und lebenswahr dargestellt. Einen gemütvollen, lebenswürdigen Musikdirektor a. D. Diederichsen bot die Figur und Wastle Hermann Melkers. Durch sein behaglich breites Spiel gewann die Vorstellung einen warmen Ton. Sein Sohn, der neuernannte Professor Hans Diederichsen, der als Heiratskandidat im Trudi gewonnen — dies aber mehr durch seinen Vater bezogen ließ —, verhielt sich infolge seines fleißigen Studierens und Strebens der Braut gegenüber etwas reserviert und war das gerade Gegenteil von dem lebenslustigen Lieutenant. So ist wohl die individuelle Auffassung dieser Rolle durch Camillo Kossuth zu verstehen, denn ein Freier, der sein Gehirn weniger mit wissenschaftlichen Dingen belasten muß, würde temperamentvoller handeln. Eine gute Wiedergabe vom Diener des Majors war die Albert Teichmanns. Der Vertraute seines Herrn geworden, durfte er sich verschiedenes erlauben, meinte er es doch gut mit ihm; er war um seine Gesundheit besorgt. Ein „Gott-der-Gerecht“, ein Agent, der strebenden Talenten den Aufstieg nur unter gewissen Voraussetzungen erleichtert, der — wie man so sagt — alle „aus einer Büchse schmiert“ und die geistigen Produkte der Schriftsteller und -stellerinnen als wohlfeile Ware ansieht, war Arnold Andersen in der Rolle des Obersten. — Dieses „Lustspiel“ bringt im Verhältnis zu vielen anderen Abbrisse aus dem wirklichen Leben auf die Bühne. Deshalb ist es inhaltreich und sein Anschauen wertvoll. Der ungeteilte Beifall galt allen Darstellern, die ihn reichlich verdient hatten.

Ko-ro.

Aus Stadt und Land.

Merktblatt für den 18. Juli.

Sonnenaufgang	4 ⁰⁰	Mondaufgang	10 ⁰⁰
Sonnenuntergang	8 ¹²	Monduntergang	10 ¹⁰

1870 Verlobung des Doamas von der Unschärfe des Bapfes. — 1876 Dichter Karl Simrock gest.

Wettervorausage.

Südwestwind, zeitweise trübe, keine wesentliche Temperaturänderung, keine erheblichen Niederschläge.

Die Einziehung des Notgeldes. Da fast alle deutschen Gemeinden während des Krieges Notgeld ausgegeben haben, ist die Art der Einlösung dieser Notgeldzeichen von allgemeinem Interesse. Man hört nun vielfach Klagen über das Verhalten der Gemeinden bei Einziehung ihres Notgeldes. Manche Gemeinden haben die Einziehungsfrist bereits als geschlossen erklärt und lehnen weitere Einlösung ab. Diese Handlungsweise wird in dem Fachblatt des Deutschen Sparkassenverbandes scharf getadelt. Es sind sicher noch von allen Notgeldarten größere oder kleinere Beträge im Besitz des Publikums. Wenn jetzt die Einlösung abgelehnt wird, sind sie wertlos und das Publikum hat einen Verlust, während die Gemeinden, die das Notgeld ausgegeben haben, einen unberechtigten Gewinn haben. Ob die Gemeinden überhaupt ein Recht haben, von einem bestimmten Termin an die Einlösung abzulehnen, kann in manchen Fällen zweifelhaft sein, wenigstens dann, wenn dieser Termin nicht auf dem Notgeld aufgedruckt ist. Aber auch in diesem Falle kann das Recht der Gemeinden zweifelhaft sein, wenn sie sich nicht an den festgesetzten Termin gebunden, sondern ihn verlängert haben. Auf alle Fälle aber ist ein solches Verhalten unbillig. Die Gemeinden haben doch gutes Geld für ihr Notgeld bekommen und handeln nicht anders als ein Schuldner, der sich auf die Einrede der Verjährung beruft. Die Gemeinden sollten dafür sorgen, daß ihre Bürger nicht durch eine solche Notstandsmaßnahme zu Schaden kommen. Die Geschädigten sind vorwiegend die „kleinen Leute“, die weniger geschäftslustig sind. Es liegt noch viel Notgeld in sicherer Verwahrung, ohne daß die Besitzer daran denken, daß es Notgeld ist. Es lassen sich vielerlei Fälle denken, in denen jemand ganz ohne Schuld die Einlösung noch nicht bewirkt hat. Natürlich muß das Notgeld aus dem Verkehr gezogen werden, aber es ist nicht einzuziehen, weshalb Nachzügler, die die Einlösung nicht zu einer bestimmten Zeit befragen, nicht selbst noch nach Jahren Berücksichtigung finden sollen.

Versicherungsschwinder. Jüngst kam, so teilt uns die Zentralstelle zur Bekämpfung der Schwindelfirmen in Lübeck mit, ein fremder Herr zu einem Arbeiter auf dem Lande. Er wies den Arbeiter, der ein paar Kaninchen und Hühner sein Eigen nennt, auf die großen Gefahren hin, die jetzt von den Räubern und Dieben drohen, und brachte es fertig, daß der Arbeiter sich bereit erklärte, gegen Zahlung von 8 Mark eine Viehdiebstahl-Versicherung auf ein Jahr zu nehmen. Der Arbeiter, ein geschäftswandiger Mann, unterschrieb auch einen ihm vorgelegten Schein. In dem Glauben, daß der Inhalt des Scheines mit den mündlichen Verhandlungen übereinstimme, unterschrieb er es, den Schein durchzulesen. Nach zwei Wochen bekam er eine Polize aufgesandt, wonach er einen Möbelversicherungsvertrag auf die Dauer von 10 Jahren gegen eine jährliche Zahlung von 6 Mark abgeschlossen haben soll. Die Zentralstelle hat sich des armen Mannes, der heute noch nicht mehr als 4 Mark täglich verdient, angenommen und es wird wohl gelingen, ihm zu seinem Recht zu verhelfen, zumal auch Zeugen die Verhandlungen mitangehört haben. Wie zahlreich sind aber die Fälle, in denen solche Zeugen nicht vorhanden sind, und dann die leichtfertig geleistete Unterschrift gegen die Versicherungsnehmer spricht. Dann müssen schon weitere Fälle bekannt sein, um den Betrug nachzuweisen. Die Zentralstelle zur Bekämpfung der Schwindelfirmen sammelt und registriert solche Fälle und hat schon häufig mit ihrem Material den Betroffenen auszuweichen können. Wer einem Versicherungsschwinder zum Opfer gefallen ist, wende sich also vertrauensvoll an die Zentralstelle, die ihm gebührenfrei mit Rat und Tat an Hand gehen wird. Das Beste ist es allerdings, nichts zu unterschreiben, was man nicht gelesen und in allen, anscheinend auch nebensächlichen Punkten verstanden hat.

* **Kurtheater betr.** Die Aufführung von „Maria Magdalene“, dem Hebbelschen bürgerlichen Trauerspiel, findet nicht, wie gestern irrtümlich gemeldet, am Sonnabend, sondern am Sonntag statt. Morgen Freitag wird auf vielseitigen Wunsch das Zinn'sche Schauspiel „Gewitter“ wiederholt.

* **Bunter Abend im Kurhaus.** Hochinteressant verspricht der am Dienstag, den 22. Juli, im Kurhausankle von der Leitung unseres Kurtheaters veranstaltete Bunte Abend mit anschließendem Ball zu werden. Die Vortragsfolge wird eine abwechslungsreiche und sehr unterhaltende sein. Direktor Albert Bauer wird sich als Rezitator, Albert Teichmann, Arnold Andersen, Frau Andersen in ihrer Eigenschaft als Sänger vorstellen. Marie Bauer und Alex Herbert Spalke werden sich mit ihrem originellen Tanzduett zeigen, während uns Hermann Melker und Maria Holm mit heiteren Vorträgen, Johanna Marx und Elfriede Hartung mit Rezitationen und Liedern zur Laute erfreuen werden.

* **Postamtliches.** Pakete nach Berlin werden wieder in unbeschränkter Zahl angenommen.

* **Parteitag der Unabhängigen.** Zur Klärung der politischen Lage hat der Landesvorstand der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Sachsens für den 10. und 11. August eine außerordentliche Landesversammlung nach Leipzig einberufen. Auf der Tagesordnung stehen Berichte des Landesvorstandes in der Volkskammerfraktion und eine Bepfischung der politischen Lage im Reich und in Sachsen.

Copitz. Als Dienstag nachmittag der neunjährige Sohn des Zuschaffners Max Richard Neu aus Copitz, Hindenburg-Straße, in Gemeinschaft mit noch einem anderen Knaben in dem dem Elbbad am Carolabad gegenüberliegenden Hafen habete, geriet er plötzlich in den freien Strom, wurde von der Flut mit fortgerissen und ertrank. Der Tote konnte bis jetzt noch nicht geborgen werden.

Dresden. Im Taschenbergpalais fand in den letzten Tagen eine Versteigerung von Möbeln und Kunstgegenständen statt, die zum Besitze von Mitglidern des ehemaligen Königshauses gehörten. Die Versteigerung erbrachte einen Gesamtertrag von über 60 000 M.

Demitz-Thumitz. Eine Kuh wurde vorige Woche „gefunden“ und steht für den Verlierer zur Abholung im Gemeindegemeindeamt zu Rynisch. Wer ist der Verlierer? Bis jetzt hat sich noch niemand gemeldet. Der Zustand der Kuh bei der Auffindung läßt auf folgendes schließen: Im Schutze der Nacht wurde das Rind, nehmen wir an, von Schönbrenn oder Kurkau nach Demitz geführt, um irgendwo eines „schwarzen“ Todes zu sterben. Der Transporteur hatte das Unglück, mit dem Tiere in einen Graben zu geraten und war nicht imstande, es allein daraus zu befreien. Bei den Bemühungen wurde es Tag, und um nicht erkannt zu werden, mußte er, vielleicht schweren Herzens, seine Beute im Stich lassen. Acht Mann haben das Tier dann mittels Grabseil und Hacke zum Teil ausgegraben und aus der schlimmen Lage befreit.

Ramenz. Ein Schleichhändlerhepaar aus Dresden wurde im benachbarten Ostro von der Landgendarmarie verhaftet. Man fand bei beiden Personen 3 Ztr. Kartoffeln, 11 1/2 Ztr. Weizenmehl, 10 geschlachtete Tauben, 13 Pfd. Kalbfleisch, 11 Pfd. Speck, 4 Pfd. Butter usw.

Großhain. Unter Beteiligung von über 500 sächsischen Fleischermeistern aus allen Gegenden Sachsens wurde am Montag hier der 47. Bezirkstag des Bezirksvereins Sachsen im deutschen Fleischerverbände abgehalten.

Dresden. Die Pockenkrankungen sind leider wieder im Zunehmen begriffen. Es sind in der letzten Woche 12 neue Fälle vorgekommen, gegenüber 6 Fällen in der Vorwoche. In drei Fällen ist die Erkrankung tödlich verlaufen, gegenüber einem Todesfall in der Vorwoche. Die Gesamtzahl der Pockenfälle in Dresden beläuft sich jetzt auf 878, die Zahl der Todesfälle auf 118.

Dresden. General der Kavallerie Krug von Nidda, kommandierender General des 12. Armeekorps, a la suite des Garderegiments, ist in den Ruhestand getreten.

Gauernitz. Hier erschien eine Kirchenkommission, bestehend aus Industriearbeitern von Coswig-Köthitz, und beschlagnahmte in Gauernitz die dem Großhändler Vorstorf gehörigen Kirchen. Diese sogenannte wilde Kommission verkaufte die Kirchen zunächst für 55 Pfg. pro Pfund. Auf glückliches Zureden wurde aber später der Pfundpreis auf 60 Pfg. erhöht. Der Großhändler und der herbeigeholte Genbarm waren gegen die Kommission völlig machtlos.

Hohenstein-Ernstthal. Angebliche französische Offiziere hatten in einer hiesigen Baumschule größere Posten von

Obstbäumen angekauft, die nach ihrer Angabe für die zerstörten Gebiete Frankreichs verwendet werden sollten. Der ganze Kauf war ein Schwindel, und die Aufkäufer wurden in Dresden verhaftet. Mehrere Baumschulenbesitzer sind hierdurch schwer geschädigt worden.

Falkenstein. Der verschärfte Belagerungsstand ist, nachdem die Regierungstruppen seit etwa 14 Tagen abgezogen und keine Ruhestörungen vorgekommen sind, in dem Amtsgerichtsbezirk Falkenstein aufgehoben worden.

Leipzig. Militärische Sicherheitsmaßnahmen sollen, wie die Leipziger Volkszeitung aus zuverlässiger Quelle erfahren haben will, auf Grund von Berichten über militärische Putsch, die angeblich von der Leipziger Arbeiterschaft geplant seien, getroffen sein. So soll Leipzig von einem Gürtel von Rosketruppen umgeben sein, die Anweisung hätten, sich beim Aufsteigen von roten Lichtsignalen nach Leipzig in Marsch zu setzen, um dort innerhalb zwei Stunden einzutreffen. Ferner solle eine Ablösung der Leipziger Grenzjägertruppen durch preussische Truppen in Aussicht genommen sein.

Rumburg. Nach Mitteilung des Nordböhmisches Tageblattes haben sich in einem Gasthof in Rumburg drei Herren aus Sachsen über Zustände im tschecho-slowakischen Staate geäußert. Ein zufällig in Zivil anwesender tschecho-slowakischer Offizier, der die Unterhaltung mit angehört hatte, veranlaßte die sofortige Verhaftung der drei Herren, die nach Prag eingeliefert wurden.

Leben und Wissen.

Große Erfolge des Friedmannschen Tuberkulosemittels. Um das Friedmannsche Tuberkulosemittel wird seit Jahren in der Ärztemwelt ein heftiger Kampf geführt: es hat mindestens ebenso viel scharfe Gegner wie gläubige Bewunderer gefunden. Dieser Kampf scheint jetzt von neuem aufkommen zu wollen, da Dr. Friedmann dieser Tage durch eine Verfügung des preussischen Kultusministers zur Lebrtätigkeit an der Berliner Universität zugelassen wurde, ohne daß der Minister, wie das bisher üblich war, die in Betracht kommende Fakultät befragte, ob sie eine solche Zulassung für wünschenswert halte. Gleichzeitig wurde aber in ärztlichen Fachzeitschriften über neue große Erfolge des von Friedmann erdachten Tuberkulosemittels berichtet. Es handelt sich um überraschende Wirkungen des Mittels bei der Tuberkulose der Wirbeln und bei Blasen- und Nierentuberkulose. Die Tuberkulose der Wirbel-

knocken verurteilt den Kranken zu langem Siechtum und hinterläßt sehr häufig einen Buckel, da der kranke Wirbel die Last des Körpers nicht tragen kann und einnickt. Ein Berliner Arzt versuchte nun in schweren Fällen dieses Leidens Friedmanns Impfmittel, und die Erfolge waren so auffallend gut, daß der Arzt von der Anwendung des Mittels eine neue Era auf diesem Sondergebiet der Tuberkulose erwartete. In frischen Fällen könnte man der Verkrüppelung vorbeugen, in vorgeschrittenen sich manche Operation ersparen. Ähnlich verhält es sich mit den Erfolgen bei der Nierentuberkulose. Eine durch dieses Leiden körperlich furchtbar heruntergekommene Patientin, die mit dem Friedmannschen Mittel behandelt wurde, verwandelte sich nach verhältnismäßig kurzer Zeit in eine gesunde, blühende und lebensfrohe Frau.

— **Carl Günter geboren.** Einer der größten Chemiker unserer Zeit, der Wirkliche Geheime Rat Professor Dr. Emil Fischer, Direktor des ersten chemischen Instituts der Berliner Universität, ist, 67 Jahre alt, in Berlin gestorben. Fischer, der aus GutsMuths stammte, kam, nachdem er in München, Erlangen und Würzburg gewirkt hatte, 1892 als Nachfolger A. W. Hofmanns nach Berlin, wo nach seinen Angaben das chemische Institut gebaut wurde. Er zählte zu den fruchtbarsten Forschern auf dem Gebiete der organischen Chemie. Es gelang ihm, die Konstitution der Zuckerarten festzustellen und die Synthese des Traubenzuckers und zahlreicher anderer Glieder der Zuckergruppe auszuführen. Fischer fand auch neue Gesichtspunkte für die Theorie der Gärungserscheinungen und entdeckte gemeinsam mit Mering eine neue Klasse von Schlafmitteln (Veronal, Proponal). Aus der unübersehbaren Fülle seiner Einzelleistungen ragen ferner seine Studien über den Einwirkungsbau hervor. Fischer gehörte zu den Forschern, um die uns das gesamte Ausland beneidet, und wurde vor dem Kriege von zahlreichen ausländischen Akademien und anderen gelehrten Körperschaften durch Auszeichnungen aller Art geehrt.

— **Anerkennung der deutschen Hochschulstudien in Deutsch-Österreich.** Aus Wien wird berichtet: Der Unterrichtsminister für Unterricht hat an die Rektorate der deutsch-österreichischen Hochschulen einen Erlaß gerichtet, durch den zur Ausgestaltung und Vertiefung der kulturellen Gemeinschaft Deutsch-Österreichs und des Deutschen Reiches die Anerkennung der an Hochschulen im Deutschen Reich zurückgelegten Studien und erworbenen akademischen Grade ausgesprochen wird. Auch bezüglich der von Studierenden der deutsch-österreichischen Hochschulen zu entrichtenden Kollegengelder, Unterrichtsgebühren und anderen Gebühren sowie bei der Bewerbung um Stipendien werden die aus dem Deutschen Reich stammenden Studierenden den Inländern gleichgestellt.

Geschäfts - Uebernahme.

Einem verehrlichen Publikum von Gohrisch, Königstein und Umgebung zur gefälligen Kenntnis, dass wir den

Gasthof zur Sennerhütte in Gohrisch

käuflich übernommen haben und denselben bewirtschaften werden.

Den jetzigen Zeitverhältnissen Rechnung tragend, werden wir jederzeit den Wünschen der verehrlichen Gäste aufs beste nachkommen, sehen zahlreichem Besuch entgegen und bitten um gütige Unterstützung.

Mit grösster Hochachtung

Otto Forkert und Frau.

Gohrisch, im Juli 1919.

Sonnabend, den 19. Juli:

Feiner Tanzabend.

Anfang 8 Uhr.

Es laden ergebenst ein

die Obigen.

Kurtheater Bad Schandau

Leitung: Albert Bauer, Hofschauspieler.

Freitag, den 18. Juli:

Wiederholung des 3aktigen Schauspiels

GEWITTER

von Alexander Finn.

Kasseneröffnung 7 1/4 Uhr.

Anfang 8 Uhr.

Kartenvorverkauf bei El. Sagner, Am Markt.

Hegenbarth's Säle, Schandau.

Sonntag, den 20. Juli:

Gr. öffentliche Ballmusik

Anfang 4 Uhr.

Es ladet freundlichst ein

Max Wünsche.

Trauerbriefe u. Trauerkarten fertigt schnell an d. Sächs. Elbz.

Einmachegläser,

Beck, Adler, Siemens in ausprobiert. Qualitäten, sowie Gummiringe,

Beckapparate empfiehlt

Albert Knüpfel.

Eine vollständige Bibliothek

von Werken der besten zeitgenössischen Schriftsteller und Schriftstellerinnen, den höchsten Ansprüchen genügend und jeder Band fein in geschmackvoller Einbanddecke gebunden, ist jetzt auch für den einfachsten Haushalt mit den bescheidensten Mitteln erhältlich, wenn man wöchentlich ein Fünftelgepfeinigtheit des Buch-Romans bezieht und das Werk später einbinden läßt. Die Einbanddecke wird kostenlos geliefert.

Geschäftsst. d. Sächs. Elbz.

Sieben frisch eingetroffen!

Pa. Schellfisch

Pfund 1.45 Mark

Emil Müller.

Junger, wachsender

Hund

zu verkaufen bei

Soppe, „Villa Augusta“, Ostrau.

Rauchtabak!

rein, an Selbstverbraucher, Postvertrieb solange Vorrat. Pfd. 28 M. Zigarren immer vorrätig!

R. Willmuth, Schnitz, Sa.

Rüchelmädchen

für weißen Aufwisch (35 M. Lohn und Krautgeld) für sofort gesucht.

Forsthaus hotel

Bad Schandau.

Jüngere

Aufwartung

für 1. August sucht Frau Obl. Schulze, Wendischfähre.

Aufwartung

für Nachmittagsstunden gesucht. Max Schulze, Marktstraße 14.

30 Mark Belohnung!

Verloren

grau-wollene Sportjacke auf dem Wege vom Schützenhaus zur Schloßallee. Abzugeben Villa „Marie“, Ostrau b. Schandau.

Mahnung!

Die betreffende Person, welche am Sonnabend, d. 12. Juli, im Gasthof zum Tiefen Grunde, Rathmannsdorf-Plan — vielleicht aus Versehen das gelb-graue **Jahres** mit nach Hause genommen hat, wird gebeten, dasselbe bis **Dienstag, den 22. Juli**, im genannten Gasthofe abzugeben. Im anderen Falle wird sie im Interesse des Vereins verraten.

Berichtigung.

Die Beerdigung des Fabrikarbeiters Gustav Johanns findet am Freitag nicht um 2, sondern

1/2 2 Uhr

vom Trauerhause aus statt.

Für die uns anlässlich unserer Vermählung dargebrachten Glückwünsche und Geschenke danken wir herzlichst.

Max Wünsche u. Frau

Marie geb. Mehnert.

Schandau, am 17. Juli 1919.

Zu unserer Silberhochzeit

sind wir von lieben Bekannten und Verwandten durch freundliche Worte, Zuschriften und schöne Geschenke überaus erfreut worden.

Allen denen bringen wir hierdurch unsern

herzlichsten Dank.

Schandau, am 15. Juli 1919.

Max Dünnebier u. Frau.

Buch-Roman betr.

Bücher zum Einbinden

wolle man schnellstens abgeben in der Sächsischen Elbzeitung.

Fahrplan der Dampfbootfähre.

Ab Stadt:

Vorm. 6.30

" 7.10

" 9.25

" 10.—

nachm. 12.25

" 1.50

" 5.05

" 5.30

" 7.05

" 7.30

" 9.40

nachts 12.45

Ab Bahnhof:

Nach

Ankunft und Abfahrt der Züge.

Corsets neueste Formen größte Auswahl Otto Ehrlich